

Zeitschrift: Frei denken : das Magazin für eine säkulare und humanistische Schweiz
Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Band: 99 (2016)
Heft: 2

Artikel: Der Mut zum aufrechten Gang
Autor: Schmidt-Salomon, Michael
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1090628>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Der Mut zum aufrechten Gang

Raif Badawi und Ensaf Haidar erhielten am 23. April 2016 den Deschner-Preis der Giordano Bruno Stiftung (GBS). In einem feierlichen Festakt in der Deutschen Nationalbibliothek überreichten GBS-Vorstandssprecher Michael Schmidt-Salomon und Laudator Hamed Abdel-Samad den Preis an Ensaf Haidar. In seiner Eröffnungsrede begründete Schmidt-Salomon diese Entscheidung:

Meine sehr geehrte Damen und Herren, es ist mir eine grosse Ehre und Freude, Sie zu diesem Festakt anlässlich der Verleihung des Deschner-Preises der Giordano-Bruno-Stiftung an

Raif Badawi und Ensaf Haidar begrüßen zu dürfen. Wie Sie sicherlich schon beim Einlass bemerkt haben, mussten wir für diese Veranstaltung besondere Sicherheitsmassnahmen ergreifen. Und vielleicht sind einige von Ihnen auch mit einem leicht mulmigen Gefühl nach Frankfurt angereist.

Ich denke, jeder, der sich auf dem Gebiet der Religionskritik, insbesondere der Islamkritik, betätigt, kennt dieses Gefühl. Ich persönlich habe es vor neun Jahren besonders stark empfunden, als wir den Zentralrat der Ex-Muslime mit seiner Kampagne «Wir haben abgeschworen!» im Haus der Bundespressekonferenz präsentierten. Es war das erste Mal, dass sich ehemalige Muslime so offensiv zur Apostasie, zum Abfall vom Glauben, bekannten – wie Sie wissen: ein todeswürdiges Vergehen aus radikal-islamischer Sicht.

Entsprechend scharf waren die Sicherheitsvorkehrungen bei dieser Pressekonferenz. Und ich erinnere mich noch immer mit einem leichten Schauern an die angespannte Atmosphäre, die im Saal herrschte, als ich die beiden damaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Ex-Muslime vorstellte, zwei sehr mutige Frauen, Mina Ahadi und Arzu Toker, die, was uns besonders freut, heute auch unter unseren Gästen sind.

Ich bin mir sicher: Hätte es bei dieser Pressekonferenz am 28. Februar 2007 draussen gewittert, hätten sich viele der Anwesenden aus Angst vor einem Terrorakt beim ersten Donnerschlag auf den Boden geworfen. Selten zuvor und selten danach wurde mir derart bewusst, wie zerbrechlich dieses zarte Pflänzchen «Freiheit» ist, das wir gewöhnlich als Selbstverständlichkeit erachten.

Wenn die Einschüchterungsversuche militanter Islamisten selbst hier, in einem so säkularen Land wie Deutschland, derartige Wirkungen hervorrufen, wie viel bedrückender, wie viel dramatischer muss die Lage erst für freiheitsliebende Menschen sein, die in den Zentren dieses Terrors leben? Wie viel Selbstüberwindung muss es kosten, dort Widerstand zu leisten? Wie viel Mut muss man aufbringen, um die Beachtung der Menschenrechte in einem Land einzufordern, in dem die Missachtung der Menschenrechte zum Dogma erhoben wurde?

Raif Badawi hat diesen Mut aufgebracht – und er hat teuer dafür bezahlen müssen. Seine Forderung nach Gleichbehandlung aller Menschen, unabhängig von Religion und Weltanschauung, Herkunft und Geschlecht, wurde bekanntlich als «Beleidigung des Islam» eingestuft und mit zehn Jahren Haft sowie 1000 Stockhieben bestraft. Dieser Festakt ist in erster Linie eine Protestveranstaltung gegen das barbarische Unrecht, das in diesem Urteil zum Ausdruck kommt, aber er ist durchaus mehr als das. Wir verstehen diesen Festakt auch als eine Feier des freien Geistes, der sich selbst unter grausamsten diktatorischen Verhältnissen nicht gänzlich unterdrücken lässt.

Eben dies haben Raif Badawi und Ensaf Haidar gezeigt. Mit diesem Festakt wollen wir sie dafür feiern, dass sie die Fähigkeit zum aufrechten Gang so eindrucksvoll bewiesen haben – und deshalb fühlen wir uns sehr geehrt, dass Ensaf den Weg aus

Kanada auf sich genommen hat, um den Deschner-Preis heute Abend in der Deutschen Nationalbibliothek entgegenzunehmen. Herzlich willkommen, Ensaf Haidar!

Die Giordano-Bruno-Stiftung verleiht den mit 10'000 Euro dotierten Deschner-Preis für Religions- und Ideologiekritik an Raif Badawi und Ensaf Haidar für ihren gemeinsamen, mutigen und aufopferungsvollen Einsatz für Säkularismus, Liberalismus und Menschenrechte, der weit über Saudi-Arabien hinaus Bedeutung hat. Raif und Ensaf sind zu Vorbildern geworden für Männer und Frauen weltweit, die sich mit totalitärer Politik, religiöser Bevormundung und patriarchalen Rollenmodellen nicht länger abfinden wollen. Dadurch haben sie nicht nur in die muslimische Welt hineingewirkt, sondern auch die Wahnideen westlicher Rechtspopulisten ad absurdum geführt, die in «den» Muslimen, «den» Flüchtlingen nur Anhänger des Dschihad erkennen können.

Als die Bilder von Raifs öffentlicher Auspeitschung im Internet auftauchten, ging ein Aufschrei der Empörung durch die Welt. Die massive Reaktion der globalen Zivilgesellschaft setzte Saudi-Arabien so sehr unter Druck, dass die Prügelstrafe ausgesetzt wurde. Auf dem Höhepunkt der Proteste, Ende Januar 2015, war der Druck sogar so stark, dass sich der saudische Botschafter in Berlin genötigt sah, eine frühzeitige Freilassung Badawis in Aussicht zu stellen.

Offenkundig rechnete Saudi-Arabien zu diesem Zeitpunkt noch mit ernsthaften aussenpolitischen Konsequenzen. Jedoch: Zu wirklichen Konsequenzen oder auch nur zur Androhung solcher Konsequenzen ist es danach nicht gekommen – ein fataler Fehler der internationalen, insbesondere auch der deutschen Politik. Statt klare Kante zu zeigen, verfielen die führenden Politiker zurück in den alten Kurs der Kuscheldiplomatie und fädelten Milliarden-Geschäfte mit einem Land ein, das den sunnitisch-wahabitischen Terror seit Jahren massgeblich unterstützt. Die verheerenden Menschenrechtsverletzungen, die Saudi-Arabien Tag für Tag begeht, wurden – wenn überhaupt – nur in Nebensätzen erwähnt, was die Gegenseite souverän überhören konnte.

Dabei hätte es durchaus anders laufen können. Bereits im Januar 2015 reichten die Bundestagsfraktionen der Grünen und der Linken Anträge ein, die darauf abzielten, den Druck auf Saudi-Arabien zu erhöhen. Die vorgeschlagenen Sanktionen waren wohlbegründet und hätten in der Bevölkerung zweifellos Rückhalt gefunden. Doch mit den Stimmen der CDU/CSU und der SPD wurden die Anträge zunächst in allen relevanten Bundestags-Ausschüssen und schliesslich, Anfang dieses Jahres, auch im Parlament abgelehnt.

In den Medien hat man von diesem skandalösen Vorgang kaum etwas erfahren. Dabei bewies die im Januar 2016 vom Bundestag beschlossene Ablehnung jeglicher Sanktionen gegen Saudi-Arabien noch sehr viel mehr als die vieldiskutierte «Merkel-Erdogan-Böhmmermann-Affäre», woran es der deutschen Politik mangelt, nämlich an Rückgrat. Auf dem Gebiet der Menschenrechte zeigt die Bundesregierung keinerlei Profil, sondern verfolgt eine rückgratlose Appeasement-Politik gegenüber Despoten, mit der sich die Werte der Freiheit und Gleichberechtigung aller Menschen nicht verteidigen lassen und gegen die wir mit aller Entschiedenheit protestieren müssen!

Meine Damen und Herren, das Verhalten des saudischen

>> Seite 12



Botschafters im Januar 2015 hat gezeigt, dass Saudi-Arabien sehr wohl auf Druck von aussen reagiert. Deshalb wäre es Aufgabe der Politik, diesen Druck durch Androhung von Sanktionen zu verstärken, die das Regime tatsächlich schmerzen bzw. die den fortschrittlicheren Kräften innerhalb des Regimes ein zusätzliches Argument verschaffen, um sich gegen die Hüter des Status quo durchzusetzen. Constantin Schreiber, der Raif Badawi-Texte in deutscher Sprache herausgegeben hat, wies Anfang 2016 darauf hin, was Deutschland tun könnte, ja: tun müsste, falls Saudi-Arabien auf dem Gebiet der Menschenrechte im Allgemeinen und im Fall Badawi im Besonderen nicht einlenkt:

- » Sofortiger Stopp aller Rüstungsexporte
- » Einreisebeschränkungen für Saudis, insbesondere für die reisefreudige saudische Königsfamilie mit ihren über 10'000 Mitgliedern
- » Konsequenter Verzicht auf saudisches Öl
- » Aufkündigung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien, das auf deutsche Technologie in besonderem Masse angewiesen ist.

Zudem müsste endlich umgesetzt werden, was die Fraktion der Linken bereits im Januar 2015 forderte: So sollte sich die Bundesregierung nicht nur für die sofortige Freilassung von Raif Badawi einsetzen, sondern ihm Asyl anbieten und den deutschen Botschafter in Saudi-Arabien unverzüglich damit beauftragen, Raif regelmässig im Gefängnis zu besuchen. Letzteres wäre nur ein kleiner Schritt für Deutschland, hätte aber für Raif grosse Bedeutung. Würde die deutsche Politik tatsächlich eine solche Agenda verfolgen, könnte sie in der Welt sehr viel glaubwürdiger die Werte von Humanismus und Aufklärung vertreten, die die Grundlage des modernen Rechtsstaats bilden. Und sie könnte auf diese Weise auch sehr viel glaubwürdiger dafür werben, dass «Säkularismus» tatsächlich «die Lösung» ist, wie es Raif in seinem Brief aus dem Gefängnis formulierte. Denn so viel ist sicher: Ohne säkulare Gesellschaftsnormen, ohne Trennung von Staat und Religion wird es in keinem Land der Erde Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit geben.

Es ist ein bemerkenswertes Phänomen, dass der Begriff «Säkularismus» vorwiegend bei Intellektuellen aus dem muslimischen Kulturraum auftaucht, während wir hier im Westen in der Regel die Passiv-Form «Säkularisierung» verwenden. Die Ablösung religiöser Deutungs- und Herrschaftsmuster durch weltliche Übereinkünfte im Rahmen einer freien Zivilgesellschaft – das scheint aus europäischer Perspektive ein Prozess zu sein, der irgendwie von selbst abläuft, ohne dass man sich dafür gross engagieren müsste. Dies jedoch ist ein Trugschluss, wie man nicht zuletzt daran ablesen kann, dass erschreckend viele Migrantenfamilien auch nach mehreren Generationen nicht wirklich in dieser Gesellschaft angekommen sind, was den Nährboden dafür bereitet, dass so viele junge Männer und Frauen den dumpfen Botschaften salafistischer Hassprediger auf den Leim gehen.

Wenn man etwas genauer hinschaut, erkennt man schnell, dass Säkularisierung alles andere als ein passiver Prozess ist, der einfach so geschieht. Denn Säkularisierung verlangt entsprechende Akteure, verlangt Säkularisten, die die absoluten Moralsetzungen religiöser Dogmatiker zurückweisen und die Idee des Gesellschaftsvertrags propagieren, in der die Normen des Zusammenlebens eben nicht religiös vorgegeben sind, sondern unter den Gesellschaftsmitgliedern frei ausgehandelt werden.

Raif Badawi und Ensaf Haidar hatten den Mut, unter den denkbar schwierigsten Bedingungen für die offene Gesellschaft einzutreten. Dadurch haben sie der starken, jedoch noch im Untergrund wirkenden Bewegung der Säkularisten in den muslimischen Ländern Stimme und Gesicht verliehen. Allein dies hat die Welt verändert. Würdigere Träger des Deschner-Preises kann ich mir nicht vorstellen.» ■

Religion und Kultur 2014

Das Bundesamt für Statistik hat Ergebnisse der Erhebung zur Sprache, Religion und Kultur präsentiert, die 2014 erstmals durchgeführt wurde und sich mit drei zentralen Themen des gesellschaftlichen Lebens in der Schweiz befasst. Die Erhebung ist Teil des 2010 eingeführten Volkszählungssystems und wird alle fünf Jahre durchgeführt. Es handelt sich um eine Stichprobenerhebung anhand einer computergestützten telefonischen Befragung (CATI) von Personen der ständigen Wohnbevölkerung ab 15 Jahren in Privathaushalten, gefolgt von einem schriftlichen Papier- oder Online-Fragebogen.

Wir präsentieren hier einige Ergebnisse, die im Hinblick auf den Status der Landeskirchen und die Gruppe der Konfessionsfreien unseres Erachtens von Interesse sind:

Konfessionszugehörigkeit

33 Prozent der Mitglieder der katholischen Kirche haben Migrationshintergrund der ersten Generation, d. h. sie sind in der Schweiz geboren. Bei den Reformierten sind es lediglich rund 10 Prozent. Bei den Konfessionsfreien machen diese Personen ebenfalls knapp ein Drittel aus. Dabei handelt es sich grösstenteils um deutsche und in geringerem Ausmass um französische Staatsangehörige. Die Konfessionsfreien weisen eine eher junge Altersstruktur auf: 36 Prozent sind zwischen 15 und 34 Jahre alt, 11 Prozent sind 65 Jahre alt oder älter, zudem ist der Männeranteil höher (54 Prozent).

Teilnahme an Gottesdiensten

14 Prozent der Katholiken und 7 Prozent der Reformierten besuchen wöchentlich einen Gottesdienst, 20 Prozent der Katholiken und 23 Prozent der Reformierten im letzten Jahr nie, der Rest besuchte die Gottesdienste unabhängig von ihrer Konfessionszugehörigkeit selten und dann aus gesellschaftlichem Anlass, beispielsweise für eine Hochzeit oder eine Beerdigung.

Häufigkeit des Betens/Meditierens

Frauen sind frommer als Männer: 43 Prozent der Katholikinnen beten täglich oder fast täglich gegenüber 24 Prozent der Katholiken. Das Gleiche gilt bei den Reformierten (37 Prozent der Frauen gegenüber 21 Prozent der Männer), bei den anderen evangelikalen Gemeinden (91 Prozent der Frauen gegenüber 79 Prozent der Männer) und bei den anderen christlichen Gemeinschaften (36 Prozent der Frauen gegenüber 24 Prozent der Männer). Während bei den muslimischen Gemeinschaften der Anteil der Frauen, die regelmässig beten (mehrmals pro Tag, täglich oder fast täglich), grösser ist als jener der Männer (38 Prozent gegenüber 23 Prozent), ist das Geschlechterverhältnis bei den Personen, die nie beten, ausgeglichen.

Religiöser und spiritueller Glaube

48 Prozent der Katholiken und 56 Prozent der Reformierten gaben an, eher nicht oder nicht religiös zu sein. An den biblischen Gott glauben bei den Katholiken weniger als 60 Prozent, bei den Reformierten sogar weniger als 50 Prozent.

Unter den Konfessionsfreien betrachten sich 32 Prozent als atheistisch; 31 Prozent glauben an eine höhere Macht, 25 Prozent sind agnostisch und 11 Prozent glauben an einen einzigen Gott. 6 Prozent der Konfessionsfreien gaben an, eher oder sehr religiös zu sein.

Bei den Reformierten gibt der grösste Anteil an, eher nicht oder gar nicht spirituell zu sein (72 Prozent). Bei den Katholiken beträgt dieser Anteil 64 Prozent. Bei den Konfessionsfreien geben über 31 Prozent an, >> Seite 13

